



Ein erster Ansatz – mehr aber auch nicht

Zur chemiepolitischen Ausrichtung

des Koalitionsvertrags

Tom Kurz

Die Welt wird heißer, weniger divers und zunehmend dreckiger. So lässt sich die momentane Situation gut beschreiben. Seit Jahren finden sich in zahlreichen Diskursen die Stichworte Biodiversitäts- sowie Klimakrise und sowohl auf einzelstaatlicher als auch internationaler Ebene richten Regierungen ihr Handeln nach diesen Problemfeldern aus – wenn auch zu zögerlich. Was bislang kaum adressiert wurde, ist die zunehmende Verschmutzung und Belastung der Welt mit toxischen Stoffen wie Industriechemikalien, Pestiziden, Bioziden, Arzneimitteln und Plastik. Und das obwohl viele der Stoffe massive negative Auswirkungen auf die Artenvielfalt, das Klima, die Umwelt sowie die menschliche Gesundheit haben. Erstmals reagiert die Bundesregierung mit einem Kapitel Chemikalienpolitik im Koalitionsvertrag auf die dritte große Krise unserer Zeit.

Wie viele Substanzen gerade auf dem Markt sind, kann nicht exakt beziffert werden. Die Schätzungen gehen weit auseinander: irgendetwas zwischen 40.000 und 350.000 Substanzen. Was hingegen genauer beziffert werden kann, ist das prognostizierte Wachstum der chemischen Industrie, die ihre Umsätze global bis 2030 ungefähr verdoppeln wird. Auch kann die Zahl der bisher international regulierten Stoffe angegeben werden: 64 Stoffe werden mit der Stockholm-, Rotterdam- und Basel-Konvention reguliert. Selbst wenn man von der geringeren Schätzung von 40.000 Substanzen ausgeht, sind 64 Stoffe unbedeutend wenig. Und das obwohl die Produktion, Nutzung und in Umlaufbringung von chemischen Stoffen massive Schädigungen für Umwelt und Menschen nach sich ziehen sowie die Biodiversitäts- und Klimakrise verstärken. Zum einen wirken viele Stoffe toxisch auf Lebewesen, sind reproduktionstoxisch oder hormonwirksam, womit die Artenvielfalt unter Druck gerät. Zum anderen ist die chemische Industrie sehr energieintensiv und produziert viele klimaschädliche Stoffe. Bisher wurde dem aber kaum Rechnung getragen. In der Antwort der ehemaligen Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen zum internationalen Chemikalienmanagement glänzte die damalige Regierung mit Unwissenheit. Zu vielen Fragen über die Dimension der Chemikalienbelastung sowohl auf Bundesebene als auch auf internationaler Ebene hat die Bundesregierung keine Erkennt-

nisse, was ein adäquates Handeln schwierig macht. Und das obwohl Deutschland die Präsidentschaft für die nächste International Conference on Chemicals Management 5 (ICCM5) innehat. Die ICCM ist das Gremium, welches den Strategic Approach to International Chemicals Management (SAICM) begleitet, überprüft und die Schwerpunkte sowie das Budget festlegt. SAICM wurde 2006 als Rahmenwerk geschaffen, um bis 2020 einen nachhaltigen Umgang mit Chemikalien weltweit zu schaffen und die negativen Auswirkungen zu mindern. Dieses Ziel wurde weit verfehlt.

Chemikalienpolitik das erste Mal im Koalitionsvertrag

Umso erfreulicher ist es, dass Chemikalien nun endlich direkt im Koalitionsvertrag in einem eigenen Unterkapitel adressiert werden. Auch wenn der Abschnitt sich sehr industriefreundlich liest, werden dringende Probleme benannt. Sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene möchte Deutschland bestehende Verordnungen weiterentwickeln und neue Standards schaffen. Dabei erfasst der Koalitionsvertrag zwei Stoffgruppen explizit, bei denen dringender Handlungsbedarf besteht: hormonwirksame Stoffe sowie per- und polyfluorierte Stoffe. Hormonwirksame Stoffe, sogenannte Endokrine Disruptoren (Endocrine Disrupting Chemicals, EDCs) sind Stoffe, die

das Hormonsystem stören. Durch die Nachahmung oder das Blockieren von Hormonen stören sie wichtige Abläufe im Körper und werden für verschiedene Krankheitsbilder wie diverse Krebsarten, Minderung der Fruchtbarkeit aber auch Entwicklungsauffälligkeiten verantwortlich gemacht. Per- und Polyfluorierte Stoffe, sogenannte PFAS sind eine Stoffgruppe, bei der die Wasserstoffatome von Kohlenwasserstoffen ganz oder teilweise durch Fluor ersetzt wurden. Alle Stoffe dieser Gruppe haben die Eigenschaft, dass sie nur schwer und langsam abgebaut werden können. Deshalb werden sie auch Ewigkeitschemikalien genannt.

Ein nationaler Aktionsplan für EDCs

Laut einem Forderungspapier, das von HEJ-Support, dem Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN) Germany und Women Engage for a Common Future (WECF) herausgegeben wurde,¹ sind ca. 1.400 Stoffe im Umlauf, bei denen eine Hormonwirksamkeit vorliegt oder vermutet wird. Die EDCs kommen in etlichen Alltagsprodukten wie Spielzeug, Kleidung, Kosmetika oder Lebensmittelverpackungen vor. Wir alle kommen also immer wieder mit EDCs in Berührung. Weder international, noch auf europäischer oder nationaler Ebene wird das Problem bislang ausreichend adressiert. Dass die jetzige Ampelregierung einen „nationalen Plan zum Schutz vor hormonaktiven Substanzen“ erarbeiten will, ist ein enormer und dringender Fortschritt. Wie ein solcher Nationaler Aktionsplan aussehen kann, zeigen die Autor*innen in ihrem Forderungspapier.

Ewigkeitschemikalien – PFAS

Nicht nur wegen ihrer Langlebigkeit sind die PFAS ein Problem. Von den bisher 4.700 bekannten Stoffen dieser Gruppe sind einige chronisch toxisch und schädigen Organe wie die Schilddrüse. Viele sind zudem Bioakkumulatoren, d.h. sie reichern sich in Organismen an. Dennoch finden sie weite Verbreitung, u.a. in Lebensmittelverpackungen, weil sie wasser-, schmutz- und ölabweisend sind. Aber auch in Pestiziden, Arzneimitteln, Schmierstoffen oder Feuerlöschmitteln sind PFAS enthalten, was im Laufe der Zeit zu einer Kontamination von Böden und Wasser führt. Es ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung die Risiken von gesundheitsgefährdenden Stoffen reduzieren will und dabei explizit PFAS nennt. Die Lösung ist jedoch noch ausbaufähig. Bisher hat die Bundesregierung sich vor allem darauf konzentriert, dass keine PFAS mehr in die Umwelt gelangen, strebt aber auf EU-Ebene ein PFAS-Verbot an, das jedoch notwendige PFAS nicht betreffen soll. Der BUND fordert hingegen, bis 2030 PFAS aus allen Anwendungsbereichen zu verbannen und die ganze Stoffgruppe ins Visier zu nehmen, nicht einzelne Stoffe, da diese leicht wieder durch andere, ähnliche PFAS ersetzt werden können.²

Erfolg bei den Doppelstandards

Von doppelten Standards wird gesprochen, wenn für die gleichen Sachverhalte unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe gelten. Anders könnte es auch Doppelmoral genannt werden: In der EU aus Gründen des Umwelt- und / oder Gesundheitsschutzes verbotene Pestizide oder Pestizidwirkstoffe werden in andere Länder exportiert. Ein einfaches Beispiel: Triadimenol ist ein Wirkstoff, der gegen Pilzbefall eingesetzt wird, also ein Fungizid. Der Wirkstoff wird von Bayer herge-

stellt und vermarktet. Die Europäische Chemikalienagentur, ECHA, stuft den Stoff 2015 als reproduktionstoxisch ein, sodass er eine Genehmigung für den Einsatz im Gebiet der Europäischen Union verlor. Jedoch vermarktet Bayer weiterhin Triadimenol-haltige Produkte in Südafrika und Brasilien.

Nach etlichen Jahren, in denen verschiedene Verbände diese Doppelmoral kritisierten und die deutsche Regierung aufforderten, rechtliche Mittel zu ergreifen, um die Pestizidexporte zu stoppen, hält ein entsprechender Passus Einzug in den Koalitionsvertrag. So will die Bundesregierung von rechtlichen Möglichkeiten Gebrauch machen, um den Export von bestimmten in der EU nicht zugelassenen Pestiziden zu verbieten. Jetzt bleibt zu hoffen, dass die Bundesregierung wirklich ihrer entwicklungspolitischen und menschenrechtlichen Verantwortung gerecht wird.

Vielschichtiges Thema im Koalitionsvertrag verankert

Auch neben dem dezidierten Kapitel zur Chemikalienpolitik gibt es viele Stellen, an denen sich Formulierungen finden, die das dringende Thema der Belastung unserer Umwelt mit chemischen Substanzen adressieren. Unter dem Punkt Wasserschutz spricht sich die neue Bundesregierung für die Verbesserung der Wasserqualität aus und nennt explizit wassergefährdende Stoffe, Mikroplastik sowie Arzneimittelwirkstoffe, für die Regulierungen entstehen sollen. Leider wurde aber auch das chemische Recycling im Kapitel Kreislaufwirtschaft als Recyclingoption aufgenommen – zur Freude der Industrie und zum Leid der Umweltverbände. Im Kapitel Landbau gibt es eine ganze Reihe von Formulierungen, die die Menge des Pestizideinsatzes zum Ziel haben könnten. Hier muss bewusst „könnten“ gesagt werden, da wie u.a. PAN Germany in einer Stellungnahme kritisiert,³ dieses Ziel ohne Konkretisierung bleibt. Vielmehr hält sich die Bundesregierung hier eine Hintertür auf, indem ein nicht näher definiertes notwendiges Maß des Pestizideinsatzes als Ziel formuliert wird. Leider wurde dieses Maß in der Regel immer rückwirkend festgelegt. Dennoch, Ansätze gibt es und die gilt es zu nutzen.

1 https://hej-support.org/hormongifte-stoppen/wp-content/uploads/2021/06/Layout_mit-Unterstu%CC%88tzern-Forderungen-EDC-Aktionsplan-20201102.pdf

2 https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/chemie/chemie_fluorchemikalien_hintergrund.pdf

3 <https://pan-germany.org/pestizide/licht-und-schatten-pan-germany-zum-koalitionsvertrag/>

Tom Kurz arbeitet seit Ende 2020 im Forum Umwelt & Entwicklung zum Schwerpunkt internationales Chemikalienmanagement und für ein #TomorrowWithoutToxics. Grundlegendes Arbeitsmotto: „Wer Bayer nicht mag, hat Bayer verstanden.“

Dieser Text ist Teil des

Rundbrief Forum Umwelt & Entwicklung, Ausgabe 1/2022

WAS KOSTET DIE WELT?

NACHHALTIGKEIT BRAUCHT GERECHTE FINANZSYSTEME



Zum Download weiterer Artikel und des gesamten Rundbriefs:
<https://www.forumue.de/hintergrundanalyse/rundbriefe/>